

## **1. Akzeptanz von LSBTIQ\***

- 1.1) Ja, die LINKE wird einen solchen Aktionsplan unterstützen. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass dieser Plan nicht einzelne Vorzeigeprojekte schafft, sondern wirklich flächendeckend Wirkung zeigt.
- 1.2) Ja, die LINKE fordert explizit die Stärkung vorhandener sowie die Schaffung neuer Beratungsstellen für alle Teile der LSBTIQ\*-Community, einschließlich trans\*, intergeschlechtliche sowie nicht-binäre Personen. Wichtig ist dabei insbesondere der Einsatz von geschultem und sensibilisiertem Fachpersonal.
- 1.3) Ja, die LINKE fordert, das Verbot der Diskriminierung aufgrund von sexueller sowie auch geschlechtlicher Identität in die Landesverfassung sowie in das Grundgesetz aufzunehmen.
- 1.4) Ja, die LINKE hat bereits in der Vergangenheit Entwürfe für ein Selbstbestimmungsgesetz unterstützt und wird dies auch weiter tun.

## **2. Hasskriminalität und Diskriminierungsschutz**

- 2.1) Ja, zudem müssen LSBTIQ\*-feindliche Straftaten endlich konsequent als solche geahndet und statistisch erfasst werden.
- 2.2) Ja.
- 2.3) Wir fordern eine dezentrale Unterbringung aller Geflüchteten, außerdem müssen speziell auf LSBTIQ\*-Geflüchtete zugeschnittene Beratungsstellen geschaffen werden. Für Personal in Geflüchtetenunterkünften müssen regelmäßige Schulungen Pflicht werden.

## **3. Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit**

- 3.1) Das Kultusministerium muss hier die Lehrpläne so aktualisieren, dass LSBTIQ\*-Themen in allen dafür geeigneten Fächern, insbesondere Biologie, Geschichte, Deutsch, Sozialkunde/Politik und Sport, hinreichend thematisiert werden.
- 3.2) Hier ist es die Aufgabe des Kultusministeriums, sich bei den Herausgeber\*innen des Lehrmaterials für mehr Einbindung von LSBTIQ\*-Themen einzusetzen.
- 3.3) Ja, eine entsprechende Ausbildung muss für Lehrkräfte Pflicht werden und dementsprechend auch in die Ausbildung als zusätzliches Seminar einfließen.
- 3.4) Durch stärkere Bezuschussung mit Steuergeldern.

## **4. Regenbogenfamilien stärken — Familienvielfalt wertschätzen**

- 4.1) Das Thema Regenbogenfamilien soll verpflichtender Teil der Ausbildung sozialpädagogischer Fachkräfte werden.
- 4.2) Es braucht regelmäßige Angebote, die über die Lebenssituation von Regenbogenfamilien informieren. Hinzu braucht es aber Beratungsangebote für Opfer von Diskriminierung und diskriminierendem Verhalten, die auch direkten Druck auf Kitas, Schulen und Verwaltung ausüben kann.
- 4.3) Ja, die LINKE setzt sich für eine vollständige Gleichstellung aller Formen von Familien ein, dazu gehört auch, aber nicht nur, die Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts.

## **5. Junge und Alte**

5.1) Wie bereits unter 3.1 erwähnt fordern wir eine verstärkte Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt an Schulen, dies soll auch darauf Abzielen, Heranwachsenden die Angst vor dem Coming-Out zu nehmen. Im Falle, dass Jugendliche Zurückweisung durch die Familie oder das nähere Umfeld befürchten, sollen geeignet geschulte Vertrauenspersonen an der Schule zur Verfügung stehen.

5.2) Durch die Einführung verpflichtender Fortbildungs-Seminare, die in regelmäßigen Abständen besucht werden müssen.

5.3) Mit langfristigen Fördermitteln für Einrichtungen, die Personen, die in klassisch ausgerichteten Pflegeeinrichtungen oft ausgeblendet werden, in Zentrum stellt. Separate Einrichtungen für bestimmte Personengruppen sind zwar skeptisch zu sehen, jedoch braucht es auch Schutzräume für pflegebedürftige LSBTIQ\*, solange Diskriminierung noch ausgeprägt ist.

## **6. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen**

6.1) Es braucht im Sport dauerhaft finanzierte Institutionen und Kampagnen, die sich in diesem Sinne einsetzen, mit Vereinen ins Gespräch kommen und diskriminierte Personen unterstützen.

6.2) Ja.

Durch finanzielle Förderung von LSBTIQ\*-inklusive Vereinen und eine verstärkte Zusammenarbeit des Ministeriums für Inneres und Sport mit der Bundesnetzwerktagung der queeren Sportvereine in Deutschland (BuNT).

## **7. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen**

7.1) Für die Sensibilisierung von medizinischen Hilfskräften sollen regelmäßige Seminare veranstaltet werden, an denen die Teilnahme Pflicht ist.

7.2) Durch die Einführung verpflichtender Seminare, die in regelmäßigen Abständen besucht werden müssen, wie in 7.1.

7.3) Wir fordern eine Abschaffung des TSG sowie die vollständige Übernahme aller notwendigen medizinischen Leistungen (medikamentöse Therapie, Psychotherapie, Operationen falls gewünscht) durch die Krankenkassen. Um eine Versorgung auch in Kleinstädten und auf dem Land zu gewährleisten soll das Land Niedersachsen hier Gesundheitszentren mit den Schwerpunkten trans\* und inter\* errichten und die Gelder für entsprechend geschultes medizinisches Personal bereitstellen.

7.4) Ja.